

23.04.2014 | Von: Sigrid Thomsen

Arbeitsbedingungen

Der Preis der billigen Kleidung

Die Bilder von den Trümmern und die verzweifelten Bergungsversuche gingen 2013 um die Welt. Genau vor einem Jahr stürzte in Bangladesch eine Textilfabrik ein, mehr als 1000 Menschen wurden getötet. Auf Drängen der internationalen Gewerkschaften hat sich seitdem einiges geändert. Doch viele Modefirmen drücken sich noch immer vor der Verantwortung.

Qamrul Anam/IndustriAll Global Union



Die Bilder von den Trümmern der eingestürzten Fabrik Rana Plaza in Bangladesch mit den vielen Toten, Verletzten und verzweifelt suchenden Helfern gingen 2013 um die Welt.

„Wir hatten Risse im Gebäude entdeckt und wollten da nicht mehr hinein gehen. Doch das Management hat uns mit Lohnausfall gedroht. Am nächsten Tag fiel der Strom aus. Als der Generator anlief, habe ich das Beben gespürt. Eine Maschine fiel auf meine rechte Hand, Geröll auf meinen Magen.“ Shila Begum erinnert sich an den Einsturz von Rana Plaza, dem Fabrikgebäude in Bangladesch, das vor einem Jahr im April 1130 Menschen unter sich begrub. Sie selbst war 16 Stunden lang verschüttet, ehe Rettung kam.

Die Näherin erzählt davon bei einer Rundreise durch Europa im April 2014, zusammen mit ihrer Gewerkschaftskollegin

Safia Parvin von der National Garments Workers Federation (NGWF). Das ist mit gut 27 000 Mitgliedern die größte Bekleidungsgewerkschaft in Bangladesch. Ein Jahr nach dem Unglück trägt Shila Begum ihre Hand noch immer in einer Schiene. Weil sie nicht mehr arbeiten kann, leben sie und ihre zehnjährige Tochter von der Hilfe ihrer Schwestern. Jetzt will sie endlich Entschädigung von den Firmen, für die sie T-Shirts und Taschen genäht haben.

Steffi Eckelmann



Näherin Shila Begum war nach dem Einsturz der Textilfabrik 16 Stunden lang verschüttet. Jetzt kämpft sie für eine Entschädigung.

Ein Abkommen über Entschädigungszahlungen für etwa 1500 Verletzte und 1100 Hinterbliebene haben Regierung, Arbeitgebervertreter und Gewerkschaften in Bangladesch kürzlich unterzeichnet. Seit März können sich Geschädigte für den von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verwalteten Fond registrieren lassen. Doch es ist nicht genug Geld drin. Viele Firmen, deren Produkte unter dem Dach von Rana Plaza genäht wurden, wollen nicht oder nicht genug zahlen.

Sie lassen ihre Aufträge von Subunternehmen ausführen. Deutsche Unternehmen wie die Adler Modemärkte, oder Kids Fashion Group verweigerten bisher jede Zahlung, heißt es in einer Pressemitteilung der Kampagne für Saubere Kleidung, die die Kolleginnen nach Europa eingeladen hatte. Die NGWF-Generalsekretärin Safia Parvin verlangt Gesetze, um Einkaufsunternehmen für die Produktionsbedingungen zur Rechenschaft zu ziehen. Shila Begum appelliert an die Einzelnen: „Wenn sich die Unternehmensvertreter als Menschen fühlen, dann müssen sie zahlen“.

Qamrul Anam/IndustriAll Global Union





Verzweifelte Rettungsversuche: Das eingestürzte Fabrikgebäude begrub 1130 Menschen unter sich.

In Frankfurt und Hamburg haben die Näherinnen aus Bangladesch und ihre Unterstützer vor allem in Deutschland tätige Unternehmen mit ihrer Verantwortung konfrontiert. Sie protestierten vorm Hauptsitz der Adler Modemärkte in Haibach und hielten Mahnwachen vor Filialen von Bennetton und Kik in Hamburg. Sie stellten Kerzen und Blumen auf schwarze Tücher, um an die Opfer des Unglücks zu erinnern. Kik Textilien habe zwar eine halbe Million US-Dollar in den Fond eingezahlt, berichtete Frauke Banse von der Kampagne für Saubere Kleidung in Hamburg, doch das sei angesichts der Größe des Unternehmens nicht genug.

Aus dem von der ILO verwalteten Fond sollen alle 3600 Geschädigten zunächst umgerechnet rund 465 Euro bekommen, orientiert am monatlichen Mindestlohn von 50 Euro. Weitere Zahlungen hängen vom Grad ihrer Behinderung bzw. der Lebenserwartung des Menschen ab, den sie verloren haben. 29 Millionen Euro müssen dafür zusammenkommen.

Doch die Fabriken in Bangladesch müssen auch sicherer werden. Der internationale Gewerkschaftsverband IndustriAll Global Union und andere Nichtregierungsorganisationen haben nach dem Unglück ein Sicherheitsabkommen auf die Beine gestellt, das von westlichen Großabnehmern und den internationalen Gewerkschaften unterzeichnet wurde. Die Unternehmen verpflichten sich darin, künftig nur in Fabriken produzieren zu lassen, in denen die Arbeitsbedingungen internationalen Standards entsprechen. Insgesamt sind mehr als 1000 Zulieferbetriebe und Zwischenhändler und damit ein großer Teil der rund vier Millionen Textilarbeiter in Bangladesch eingebunden.

Steffi Eckelmann



Die Generalsekretärin der größten Textilgewerkschaft in Bangladesch Safia Parvin verlangt Gesetze, um Einkaufsunternehmen für die Produktionsbedingungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Das nächste Projekt der Gewerkschaften ist die Organisierung der Arbeiterinnen. Vor einem Jahr, unter Druck durch das internationale Entsetzen über die vielen Toten, hat die Regierung eine verbesserte Anerkennung von Gewerkschaften versprochen. Allerdings organisieren sie sich auf Fabrikebene und sind so der Willkür der Unternehmer ausgesetzt.

„Wer eine Gewerkschaft gründen will, verliert leicht seine Arbeit“, erzählt Safia Parvin.

Doch im vergangenen Jahr sei es leichter geworden: „Die Arbeiterinnen werden selbstbewusster, sie tauschen sich jetzt auch unter den verschiedenen Fabriken aus. Wer an Rana Plaza denkt, weiß, dass es um das Schicksal der Arbeitenden geht.“

Mitgliedsgewerkschaften von IndustriAll in Bangladesch haben im letzten Jahr bereits 40 000 Menschen in gut hundert Fabriken organisiert. 2014 sollen es noch mehr werden, sagt IndustriAll-Generalsekretär Jyrki Raina: „Die neuen lokalen Gewerkschafter werden dann viel Training brauchen, um ihre Fähigkeiten zum kollektiven Verhandeln und zur Problemlösung zu entwickeln, auch über Gesundheit und Sicherheit. Ich lade unsere Mitgliedsgewerkschaften in anderen Ländern zur Beteiligung an dieser wichtigen Anstrengung zur Gewerkschaftsgründung ein.“

Steffi Eckelmann



In Frankfurt und Hamburg demonstrierten die Näherinnen aus Bangladesch und ihre Unterstützer gegen die Verantwortungslosigkeit der Unternehmen.

Hätte eine stärkere Gewerkschaft das Unglück verhindern können? Safia Parvin überlegt einen Moment. „Nein“, sagt sie dann. „Auf dem Fundament hätten nur fünf Stockwerke errichtet werden dürfen. Es waren aber acht. Da hätten wir nichts machen können.“ Dass Gewerkschafter hätten durchsetzen können, dass die Arbeiterinnen ein Gebäude mit Rissen nicht betreten müssen, kommt ihr nicht in den Sinn. Davon sind die Betriebsgewerkschaften in Bangladesch noch weit entfernt.

© 2020 IG-BCE Grafiken & Inhalte dieser Webseite sind urheberrechtlich geschützt
IG BCE - Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Königsworther Platz 6 | D-30167 Hannover

Telefon: 0511-7631-0 | Telefax: 0511-7000-891
E-Mail: info@igbce.de